

ANTRAG

auf Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen des Immissions- und Klimaschutzes (Förderrichtlinie Umweltschutz, Fördergegenstände 2.2.1 bis 2.3.3)

Investitionsbank
des Landes Brandenburg
Landwirtschaft und Umwelt
Steinstraße 104 - 106
14480 Potsdam

Eingangsstempel

1 Allgemeine Angaben/Antragsteller

Kurztitel des Vorhabens		
Name/Firma/Projekträger		
Branche		
vertretungsberechtigte Person (Name, Funktion) (Telefon)		(e-Mail-Adresse)
weiterer Ansprechpartner (Name, Funktion) (Telefon)		(e-Mail-Adresse)
Anschrift - Straße/Haus-Nr./Postfach	PLZ/Ort	Tel./Fax (mit Vorwahl)
Investitionsort: Straße/Haus-Nr./Postfach	PLZ/Ort	Tel./Fax (mit Vorwahl)
Investitionsort: Flurstück-Nr.	Flur-Nr.	Gemarkung
Rechtsform:		
<p>(Hinweis: Gemäß Punkt 3 der Richtlinie können kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) unter besonderen Voraussetzungen im Rahmen einer De-minimis-Förderung bezuschusst werden. Hierfür ist zu prüfen, inwieweit die Kriterien eines KMU erfüllt sind. Bei Vorliegen einer unternehmerischen Tätigkeit ist der Vordruck „Angaben zum Unternehmen KMU-Bewertung“ auszufüllen (beachte dazu das Informationsblatt „KMU-Informationsblatt - A -“). Parallel dazu ist eine Erklärung über bereits erhaltene „De-minimis“-Beihilfen abzugeben (beachte dazu das Merkblatt „De-minimis-Regel“).</p>		

Bankverbindung IBAN: _____

BIC: _____

Kreditinstitut: _____

Kontoinhaber: _____

Hinweis: Soweit der Platz im Formular nicht ausreicht, bitte gesondertes Blatt verwenden.

Der Antrag ist grundsätzlich nur auf dem rechtsverbindlich unterschriebenen Formular in Papierform einzureichen.

2 Maßnahme

a) Beantragte Maßnahme gemäß der Förderrichtlinie Umweltschutz (siehe dazu Punkt 2.2 und 2.3 der Richtlinie)

(Zutreffende Nummer bitte ankreuzen)

- Nr. 2.2.1 Maßnahmen, die nachweislich einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität oder zur Verminderung der Lärmbelästigung der Bürger leisten, insbesondere Maßnahmen, die kombiniert wirken
- Nr. 2.2.2 Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden, die soziale Einrichtungen oder entsprechende Dienstleistungen dauerhaft beherbergen und die an bestehenden öffentlichen Verkehrswegen mit hoher Lärmbelästigung stehen
- Nr. 2.3.1 Integrierte Projekte zur CO₂-Minderung
- Nr. 2.3.2 Innovative und beispielhafte Maßnahmen zur Energieeinsparung, Energierückgewinnung sowie Minderung und Nutzung von Abwärme. Die Förderung dient der Umsetzung des Energieeinspargebotes einschließlich der Verwertung zurückgewinnbarer Energie
- Nr. 2.3.3 Errichtung und Erweiterung von Anlagen der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK-Anlagen) bis zu einer elektrischen Gesamtleistung von 5 MW_{el}

b) Beantragte Förderung
einmaliger Zuschuss von _____ EUR

c) Geplanter Durchführungszeitraum
Beginn: _____ Ende: _____

3 Gesamtkosten*

Kosten nach beiliegendem Kostenvoranschlag	EUR _____	brutto/netto
davon zuwendungsfähige Kosten	EUR _____	brutto/netto
davon nicht zuwendungsfähige Kosten	EUR _____	brutto/netto

* Die Gesamtkosten sind detailliert anhand der Planungs- bzw. Genehmigungsunterlagen aufzuschlüsseln (siehe dazu nachfolgende Tabelle). Besteht die Berechtigung zum Vorsteuerabzug, sind die Angaben ohne Umsatzsteuer zu machen. Zutreffendes bitte unterstreichen.

Bestandteile der Maßnahme*	Gesamtkosten in EUR	Zuwendungsfähige Kosten in EUR	beantragte Zuwendung in EUR
Bezeichnung			
1.			
2.			
3.			
Summe			

* Soweit mehr als 3 Bestandteile beantragt werden, bitte gesondertes Blatt verwenden! Handelt es sich bei der Maßnahme um eine Hochbaumaßnahme, ist die Kostenaufschlüsselung aufgliedert nach DIN 276 vorzunehmen!

4 Finanzierungsplan

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) in EUR			Summe
		20..	20..	20.. u. folg.	
4.1	Eigenanteil				
4.1.1	Liquide Mittel				
4.1.2	Anschlussbeiträge (bei Kommunen)				
4.2	Leistung Dritter (ohne öffentl. Förderung) ¹				
4.3	beantragte/bewilligte öffentl. Förderung anderer Zuwendungsgeber (ohne 4.4) ²				
4.4	beantragte Zuwendung über die Richtlinie Umweltschutz				
4.5	Summe				

5 Begründung

5.1 Notwendigkeit der Maßnahme/Projektbeschreibung

(u. a.: ausführliche Vorhabensbeschreibung, Betreiber/Eigentümer, Eigentumsverhältnisse, Standort, Konzeption, Ziel, Angabe zu den Mehrkosten gegenüber der konventionellen Lösung, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Zusammenhang mit Maßnahmen desselben Aufgabenbereiches in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen, etc.) ggf. gesondertes Blatt nutzen

5.2 Notwendigkeit der Förderung/Bestätigung über den sparsamen und wirtschaftlichen Einsatz der beantragten Fördermittel und über die Angemessenheit der Kosten

(u. a. Landesinteresse der Maßnahme, Finanzlage des Antragsstellers, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, Angemessenheit der Kosten, etc.) ggf. gesondertes Blatt nutzen

5.3 Finanz- und Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(u. a. Tragbarkeit der Folgekosten für den Antragsteller, etc.) ggf. gesondertes Blatt nutzen

6 Beitrag zur Umweltentlastung

Geben Sie die Art und den voraussichtlichen Umfang der Vermeidung und der Verminderung von Emissions- und Immissionsbelastungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) sowie der Ressourcenschonung an!

ggf. gesondertes Blatt nutzen

Für Vorhaben, die der **Lärminderung** dienen, ist zusätzlich folgende Aussage zu treffen:

- Anzahl der durch Reduzierung der Lärmbelastung entlasteten Bürger¹: _____
- davon Anzahl der durch Reduzierung der Lärmbelastung um mindestens 3 dB (A) erheblich Entlasteten²: _____
- Verringerung der lärmbelasteten Fläche im Untersuchungszeitraum in km²: _____

Für Vorhaben, die der **Luftreinhaltung** dienen, ist zusätzlich folgende Aussage zu treffen:

- erwartete Immissionsminderung im Zielgebiet:
 - a) für Feinstaub PM₁₀ (mittlerer Jahreswert in µg/m³): _____
 - b) für NO₂ (mittlerer Jahreswert in µg/m³): _____
- Anzahl der durch Feinstaub PM₁₀ Entlasteten³: _____

Für Vorhaben, die einen Beitrag zur **Emissionsminderung** klimawirksamer Gase (insbesondere CO₂) durch Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien leisten, ist zusätzlich folgende Aussage zu treffen:

- berechnete Emissionsminderung für klimawirksame Gase (als CO₂-Äquivalent) in t/a: _____

^{1/2/3} Die Anzahl der gemäß Melderegister in den betroffenen Straßenabschnitten gemeldeten Einwohner sowie die Anzahl der sich regelmäßig in dort befindlichen öffentlichen Einrichtungen, wie KITA's, Schulen, Krankenhäuser, Behörden etc., aufhaltenden Personen.

7 Erklärungen

- 7.1 Ich/Wir bestätige(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antragsformular und in den Anlagen gemachten Angaben.
- 7.2 Ich/Wir bestätige(n), dass die Richtlinie des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der Abfallwirtschaft, des Immissions- und Klimaschutzes (Förderrichtlinie Umweltschutz) vom 18. Juni 2008 anerkannt wird.
- 7.3 Ich/Wir bestätige(n), dass mit der zu fördernden Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird. Mir/Uns ist bekannt, dass als Maßnahmebeginn der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- und Leistungsvertrages zu werten ist (Planung, Baugrunduntersuchungen, Grunderwerb und Herrichten des Grundstücks gelten nicht als Beginn des Vorhabens).
- 7.4 Ich/Wir bestätige(n), dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.
- 7.5 Ich/Wir bestätige(n), dass ich/wir zum Vorsteuerabzug (Zutreffendes bitte ankreuzen)
- nicht berechtigt bin/sind.
- berechtigt bin/sind und dies bei den Angaben berücksichtigt habe(n) (Preis ohne Umsatzsteuer).
- 7.6 Ich/Wir bestätige(n), dass keine weitere Förderung aus Mitteln der Strukturfonds (Europäischer Sozialfonds - ESF - und Europäischer Fonds für regionale Entwicklung - EFRE -) der Europäischen Union (u. a. aus dem Operationellen Programm des Bundes für den Europäischen Sozialfonds Förderperiode 2007-2013, dem Operationellen Programm Verkehr EFRE-Bund 2007-2013 bzw. dem Operationellen Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds Förderperiode 2007-2013) oder dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) für den genannten Zuwendungszweck erfolgt.
- 7.7 Mir/Uns ist bekannt, dass die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe des wirtschaftlichen und sparsamen Mitteleinsatzes (vgl. entsprechende Auflage unter Nr. 1.1 der ANBest-P/ANBest-G) erfolgt. Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.
- Mir/Uns ist bekannt, dass im Rahmen der Durchführung der Maßnahme die einschlägigen Vorschriften des Vergaberechts gemäß Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G sowohl für bereits vor Antragstellung vergebene Aufträge als auch für zukünftige Aufträge einzuhalten sind, sofern die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 50.000,00 EUR beträgt.
- Unabhängig von der Zuwendungshöhe sind öffentliche Auftraggeber im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) abweichend von Nr. 3 ANBest-P/ANBest-G zur Einhaltung des Vergaberechts verpflichtet.
- Insbesondere ist mir/uns bekannt, dass Verstöße gegen das Vergaberecht eine Kürzung der Zuwendung zwischen 25 % und 100 % zur Folge haben können.
- 7.8 Mir/Uns ist bekannt, dass die Zuwendung eine Subvention im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches und des Brandenburgischen Subventionsgesetzes vom 11. November 1996 (GVBl. Bbg. I, Nr. 24, S. 306) in Verbindung mit den §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahmen von Subventionen (Subventionsgesetz) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I, Nr. 93, S. 2037) ist.

- 7.9 Mir/uns ist bekannt, dass alle Angaben des Antrages, der sonstigen beigefügten oder noch auf Anforderungen beizubringenden Unterlagen sowie die Grundlagen des Zuwendungsbescheides und der noch abzuschließenden Verträge, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung, Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils abhängig sind, subventionserheblich im Sinne dieser Vorschriften sind. Dies gilt auch für die zu führenden Verwendungsnachweise und die Mittelabrufe.
- 7.10 Mir/Uns ist bekannt, dass die folgenden in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:
- Angaben zu:
- a) Antragsteller (Ziffer 1)
 - b) Branche (Ziffer 1)
 - c) Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (Ziffer 1)
 - d) Investitionsort (Ziffer 1 und 5.1)
 - e) Angaben zum Investitionsvorhaben, soweit sie als Tatsachen bereits sicher feststehen (Ziffer 1 und 5.1)
 - f) Eigentumsverhältnisse (Ziffer 5.1)
 - g) Beginn des Vorhabens (Ziffer 7.3)
 - h) anderen öffentlichen Finanzierungshilfen (Ziffer 4.3 und 7.6)
 - i) Erklärung zum Beteiligungssatz (Ziffer 9)
- 7.11 Mir/Uns ist bekannt, dass nicht nur die Mitteilung dieser Angaben subventionserheblich ist, sondern auch das Unterlassen von Angaben, von Mitteilungen über Änderungen zum Antrag und im Bewilligungsverfahren sowie von Mitteilungen zum Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung. Gemäß § 3 Subventionsgesetz werde(n) ich/wir gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg unverzüglich sämtliche eintretenden Änderungen zu den vorstehend bezeichneten Tatsachen bzw. das Eintreten dieser Tatsachen mitteilen. Auch das Unterlassen von Mitteilungen über Änderungen zu diesen Tatsachen ist subventionserheblich.
- 7.12 Mir/Uns ist bekannt, dass subventionserhebliche Tatsachen ferner solche sind, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).
- 7.13 Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die VO (EG) 1083/2006 des Rates vom 11. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/25 vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) 1080/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 210/1 vom 31. Juli 2006) in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1828/2006 der Kommission vom 8. Dezember 2006 (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. L 45/3 vom 15. Februar 2007) Anwendung findet.
- 7.14 Mir/Uns ist bekannt, dass die Regeln für die Förderfähigkeit der Ausgaben bis auf die in den EU-Verordnungen der einzelnen Fonds vorgesehenen Ausnahmen auf nationaler Ebene festgelegt werden. Sie umfassen die Gesamtheit der Ausgaben, die im Rahmen eines Operationellen Programms geltend gemacht werden (vgl. Artikel 56 Verordnung (EG) Nr. 1083/2006).
- 7.15 Mir/Uns ist bekannt, dass unbeschadet der von den Mitgliedstaaten durchgeführten Prüfungen Bedienstete oder bevollmächtigte Vertreter der Kommission vor Ort überprüfen,

ob die Verwaltungs- und Kontrollsysteme wirksam funktionieren, wobei sie auch Vorhaben im Rahmen des operationellen Programms prüfen können.

7.16 Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um ein Einnahmen schaffendes Projekt im Sinne von Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006.*

ja

nein

wenn ja und Gesamtausgaben > 1 Mio. EUR:

Die erwarteten Einnahmen des Projektes sind zu schätzen und der ILB mit Antragstellung anhand der **beigefügten Formulare** mitzuteilen. Die der Schätzung zugrunde liegenden Annahmen sind zu erläutern und ggf. durch ergänzende Unterlagen zu unterlegen.

8 **Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung/ Einverständniserklärung**

Ich/Wir willige(n) ein, dass die ILB die für die Beantragung, Bewilligung und Verwaltung der Zuwendung benötigten Daten auf der Grundlage des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes verarbeiten, d. h. insbesondere erheben, speichern und verändern darf. Die Einwilligung gilt auch für die Übermittlung der Daten, einschließlich der Entscheidung und der Entscheidungsgründe, an alle an der Bewilligung, fachlichen Beurteilung, Auszahlung und Verwaltung der Zuwendung beteiligten Stellen, insbesondere das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, und die Verarbeitung der übermittelten Daten durch diese Stellen.

Mit seinem/ihrem Antrag erklärt der/die Zuwendungsempfänger(in) sich damit einverstanden, dass Daten an die Europäische Kommission und/oder die mit Evaluierungen beauftragten Institute weitergegeben werden können.

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass folgende Daten entsprechend Artikel 7, Absatz 2, lit d) der Verordnung (EG) 1828/2006 veröffentlicht werden:

- Name des Begünstigten,
- Bezeichnung des Vorhabens,
- Betrag der bereitgestellten öffentlichen Mittel

(ABl. EU Nr. L 45/3 vom 15.02.2007)

Ich/Wir willige(n) ein, dass die ILB, das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz und die EFRE-Verwaltungsbehörden berechtigt sind, über das Fördervorhaben Presse- und sonstige Veröffentlichungen herauszugeben.

* Nach Artikel 55 der VO (EG) Nr. 1083/2006 sind Einnahmen schaffende Projekte im Sinne der Verordnung

- Vorhaben, die Investitionen in Infrastrukturen betreffen, für deren Nutzung direkte Abgaben erhoben werden,
 - Vorhaben, die den Verkauf oder die Verpachtung bzw. Vermietung von Grundstücken oder Gebäuden gegen Entgelt betreffen
 - sowie andere Vorhaben, die jede andere Erbringung von Dienstleistungen gegen Entgelt betreffen.
- Nicht betroffen sind Vorhaben, die den Regeln für staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 107 des AEUV des EG-Vertrags unterliegen.

Ich bin/Wir sind darauf hingewiesen worden, dass ich/wir die Möglichkeit habe(n), die Einwilligung zu verweigern oder jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen, mit der Folge, dass eine weitere Antragsbearbeitung dann nicht möglich ist.

(Siegel/Stempel)

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers
oder der nach gesetzlichen Bestimmungen (Statuten)
zur Vertretung des Antragstellers berechtigten Person

9 Erklärung zum Beteiligungsbesitz bei KMU (nur abzugeben, wenn zutreffend*)

Ich/Wir gehe(n) aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass die Betriebsstätte zu einem Unternehmen gehört, das nicht zu 25 % oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist. Mir/Uns ist bekannt, dass maßgeblich für die Beurteilung, ob ein kleines oder mittleres Unternehmen vorliegt, der Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Förderung ist. Da sich die Angaben in Ziffer 1 auf den heutigen Zeitpunkt beziehen, sichere/sichern ich/wir hiermit zu, sämtliche Veränderungen in Bezug auf den in Ziffern 1 abgefragten Sachverhalt unverzüglich der zuständigen Behörde schriftlich mitzuteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wird.

(Siegel/Stempel)

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers
oder der nach gesetzlichen Bestimmungen (Statuten)
zur Vertretung des Antragstellers berechtigten Person

* Maßgeblich ist die Situation zum Zeitpunkt der Entscheidung der Behörde über die Bewilligung einer Förderung, Änderungen sind daher der zuständigen Behörde mitzuteilen.

Sofern das Unternehmen zu 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmanteile im Besitz eines anderen oder mehrerer Unternehmen oder Unternehmer steht, ist vom Antragsteller anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger sind. Handelt es sich bei den Unternehmen oder Unternehmern um öffentliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften oder institutionelle Anleger, ist auch anzugeben, ob die beteiligten Unternehmen oder Unternehmer einzeln oder aber gemeinsam Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ist aufgrund der Kapitalstreuung nicht zu ermitteln, wer die Anteile hält, ist durch die Antragsteller diese Erklärung abzugeben.

10 Bestätigung(en) durch die Gemeinde (i. d. R. durch die Bauverwaltung), in der das Vorhaben durchgeführt werden soll

- Der Antrag hat zur Kenntnisnahme vorgelegen.
- Das Vorhaben ist vereinbar/nicht vereinbar mit örtlichen Planungen/Satzungen/Vorschriften.

(Bemerkungen: bei Bedarf gesondertes Blatt verwenden)

(Siegel/Stempel)

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

Anlagen

Anlagen zum Verbleib beim Antragsteller (sofern relevant):

- KMU-Informationsblatt - A -
- Merkblatt „De-minimis-Regel“
- Merkblatt „Vergabebestimmungen“

mit dem Antrag einzureichende Unterlagen - sofern relevant - (Zutreffendes bitte ankreuzen):

Hinweis: Die Auflistung ist nicht abschließend. Es können weitere Unterlagen zur Entscheidungsfindung verlangt werden.

(☒ sind beigelegt)

- entsprechend der Rechtsform des Antragstellers
 - Handelsregisterauszug (Kopie)
 - Gesellschaftervertrag (Kopie)
 - Vereinsregisterauszug (Kopie)
 - Vereinssatzung (Kopie)
- Vordruck „Angaben zum Unternehmen (KMU-Bewertung)“ (Original)
- Erklärung über „De-minimis“-Beihilfen (sofern KMU-Kriterium erfüllt ist) (Original)
- Unterlagen zum Grundstück
 - Grundbuchauszug (Kopie) (nicht älter als 3 Monate)
 - Auszug aus der Flurkarte (Kopie)
 - Entwurf Mietvertrag
 - Entwurf Pachtvertrag
 - Entwurf Kaufvertrag
- Genehmigungen
 - Baugenehmigung (Kopie)
 - BImSchG-Genehmigung (Kopie)
 - Bericht über den Stand der bauaufsichtlichen und sonstigen erforderlichen Genehmigungen (wenn noch keine vorhanden)
- Nachweise zur Gesamtfinanzierung
 - Bescheide anderer öffentlicher Zuwendungsgeber (Kopie)
 - Leistungen Dritter (Kopie)
 - Erklärung über die gesicherte Gesamtfinanzierung (Original)
- Entwurf Einspeisevertrag
- bei Baumaßnahmen:
 - Lageplan
 - Kostenberechnung aufgliedert nach DIN 276 (für Hochbaumaßnahmen)
 - Bauzeitenplan
 - detaillierte Untersetzung der Kosten anhand der Planungs- bzw. Genehmigungsunterlagen
- Prüfaussage der kommunalen Bauverwaltung in Bezug auf die Baufachliche Prüfung gemäß VV-LHO § 44 VVG (Nr. 6.1 bis 6.3)
- Formular zum Einnahme schaffenden Projekt

Sofern weitere Unterlagen dem Antrag beigefügt werden, sind diese in die nachstehenden Felder einzutragen:

—	_____	<input type="checkbox"/>

weitere Bemerkungen: